

Zwischen Assimilierung und Identitätspflege

Geschichte und Gegenwart der deutschen Minderheit in Oberschlesien

Schlesien lebt. Das ist weder eine politische Parole, noch ein Produkt realitätsfernen Wunschdenkens, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme. Ein Blick in die Programmzeitschrift genügt, um Titel wie „Als der Osten noch Heimat war. Schlesien“, „Hitlers Schloss in Schlesien“ oder „Die Oder – Schlesiens wilder Strom“ auszumachen. Es scheint also lebhaftes Interesse für diese Region zu bestehen. Lebhaftes Interesse, das sich auch auf dem Buchmarkt widerspiegelt und nicht allein nur auf das Feld der Geschichte bezieht. Denn nahezu ebenso zahlreich wie die autobiographischen Beschreibungen, wie die populärwissenschaftlichen Abhandlungen über Flucht und Vertreibung und die Vergangenheit des Oderlandes, sind die Veröffentlichungen, welche die heutige Region betrachten: Broschüren, Bildbände, Reiseführer über pulsierende Großstädte oder eine scheinbar unberührte Natur. Ihre Leser finden diese Publikationen dabei längst nicht mehr allein beim langsam aussterbenden Vertriebenenmilieu, sondern in der breiten Gesellschaft. Dementsprechend sind es namhafte Verlage, die sich der Vermarktung dieser Bücher angenommen haben. Man könnte somit heutzutage von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen dem Gestrigen und dem Gegenwärtigen sprechen. Zudem ist auch die ideologische Komponente weitgehend verschwunden. Das Thema Schlesien polarisiert längst nicht mehr Konservative und Linke, oder Deutsche und Polen, wie es noch vor einigen Jahrzehnten der Fall gewesen ist, als es um Grenzziehungen und Besitzansprüche ging. Auf die deutsche Vergangenheit der schlesischen Hauptstadt Breslau hinzuweisen – früher eine eindeutige chauvinistische Aussage, ist heutzutage auch für einen linken Intellektuellen kein Problem mehr. Vielmehr ist es sogar gerade en vogue sich des historischen Grenzlandes zu erinnern, das als Brücke zwischen den Kulturen gedient habe. Gleichwohl ist hier im Allgemeinen eine Unschärfe auszumachen.

Beiden Perspektiven, der wissenschaftlichen wie der populären, ist nämlich häufig der Umstand, das Jahr 1945 als finale Zäsur der deutschen Geschichte in Schlesien darzustellen. Mag dies aus staatsrechtlicher Sicht weitgehend korrekt sein, so ist dies aus siedlungsgeschichtlicher Sicht gleichermaßen unzutreffend. Zwar führten Flucht und Vertreibung zu einer signifikanten demographischen Verschiebung, gänzlich beendet wurde die Präsenz einer deutschen Bevölkerungsgruppe indes nicht. Über eine Million ehemalige Reichsbewohner verblieb auf dem Territorium der Volksrepublik Polen, von denen die überwältigende Majorität im traditionell bilingualen Oberschlesien lebte. Im Laufe der Jahrzehnte haben Hunderttausende von Ihnen als Aussiedler ihre Heimat verlassen und sich in der Bundesrepublik niedergelassen. Gleichwohl ist eine immer noch beachtliche deutsche Minderheit in Polen verblieben. Die Die Geschichte und Gegenwart dieser Volksgruppe, von der in

der deutschen Öffentlichkeit kaum Notiz genommen wird, soll im Folgenden nachgezeichnet werden.

Am Oberlauf der Oder gelegen bildete Oberschlesien über Jahrhunderte eine Grenzregion zwischen dem deutschen, polnischen und mährischen Sprachraum. In dem Land, das sich von Namslau im Westen bis nach Myslowitz im Osten erstreckt, und dessen Ende im Süden die Stadt Ratibor und im Norden Kreuzburg markieren, regierte im Mittelalter die Dynastie der Piasten. In Niederschlesien führten die Breslauer Herzöge das Regiment, wohingegen in Oberschlesien die Ratiborer und Oppelner Linien herrschten. Dies brachte handfeste Konsequenzen mit. Denn während die niederschlesischen Piasten im 11. bis 13. Jahrhundert zahlreiche Siedler in ihren unterbevölkerten Territorien ansiedelten, wurden die Besitzungen ihrer Vettern nur in weit geringerem Maße von der Zuwanderung aus dem Westen erfasst. Bei diesen Neusiedlern handelte es sich um Personengruppen, die aus Franken, Hessen, Thüringen, aber auch aus Flandern und der Wallonie stammten. Die frühere Forschung hat diese Migrationsbewegung daher vereinfachend auch als Deutsche Ostkolonisation bezeichnet und ihr damit eine dezidiert nationale Motivation zugeschrieben. Auch wenn sich eine solche Gesinnung der Einwanderer nur schwer nachweisen lässt, prägten und veränderten sie doch dauerhaft das Angesicht ihrer neuen Heimat.

In Niederschlesien stellten die Nachkommen der Siedler bald die Mehrheit. Dies wiederum hatte kulturelle und sprachliche Implikationen. Deutsche Dialekte verdrängten langsam, aber unaufhaltsam die slawischen Idiome als Umgangssprache und auch die Herrscherdynastie der Piasten und die ihr unterstehenden Granden wurden von der kulturellen Ausstrahlungskraft der westlichen Kultur erfasst und assimilierten sich nahezu vollständig, sodass Generationen später nur noch die Familiennamen von der slawischen Herkunft eines Geschlechtes zeugten. Niederschlesien wurde sprachlich, kulturell und politisch zu einem nahezu vollkommen deutsch geprägten Land. Obgleich zur Habsburger Krone gehörend, nahm während der Reformation das Gros der Niederschlesier den evangelischen Glauben an und intensivierte dadurch die (auch sprachlichen) Kontakte zum protestantischen Teil des Heiligen Römischen Reiches. Die Verbindungen zum katholischen Wien oder Polen nahmen dagegen in gleichem Maße ab. Als Gerhart Hauptmann vor dem Hintergrund der mit dem Versailler Vertrag verbundenen Territorialverluste patriotisch bekannte „In einem kerndeutschen Land bin ich geboren. Mit Stolz nenne ich mich einen Schlesier“, so hatte er zumindest mit Blick auf das seinerzeitige Niederschlesien recht. Mit Oberschlesien verhielt es sich dabei ein wenig anders.

Wie bereits angedeutet, erfasste die westliche Siedlung die Gebiete der Oppelner und Ratiborer Piasten in einem weitaus geringerem Maße. Zwar entstanden im slawischen Siedlungsgebiet neue Ansiedlungen und Städte, die von Deutschsprachigen bewohnt wurden. Mit Ausnahme der westlichen Gebiete Oberschlesiens, in denen sich eine ähnliche kulturelle Entwicklung wie in Niederschlesien vollzog, stellten die Zugezogenen hier jedoch nur selten die

Bevölkerungsmajorität. Sie und nicht die alteingesessene Bevölkerung war es, die sich langfristig assimilierten. Zugleich aber gingen zahlreiche deutsche Begriffe in die lokalen Dialekte ein, sodass nicht nur eine Mischbevölkerung, sondern auch eine Mischsprache entstand, die faktisch ein Konglomerat aus mährischen, deutschen und altpolnischen Bestandteilen darstellte. Auch konfessionell nahm Oberschlesien eine andere Entwicklung als Niederschlesien. Von einem protestantischen Intermezzo abgesehen, blieb das Land auch in preußischer Zeit primär katholisch.

Dass es sich sprachlich von den anderen Gebieten der Hohenzollernmonarchie unterschied, stellte für einen aufgeklärten Monarchen wie Friedrich den Großen (1712-1786), dessen Vorfahren frankophone Hugenotten in ihr Reich aufgenommen hatten, kein ernsthaftes Problem dar. Dieser Modus vivendi blieb im Wesentlichen bis zum Zeitalter des Nationalismus bestehen. Auch sprachlich veränderte sich die Struktur des Landes kaum. Während insbesondere die Gebiete links der Oder deutschsprachig waren, sprach die Bevölkerung rechts des Stroms vorwiegend den slawoschlesischen Dialekt, der amtlicherseits aber häufig mit dem Polnischen gleichgesetzt wurde. Lediglich in den Städten dominierte das Deutsche. Vereinfacht gesagt, bildete das Deutsche östlich der Oder die Sprache der städtischen Elite, während der Dialekt Ausdrucksmittel der Landbevölkerung blieb.

Eher als von einem Dialekt, kann sogar von einem Soziolekt gesprochen werden, da die Beherrschung des Slawoschlesischen weniger Aufschluss über die ethnische Zugehörigkeit, als vielmehr über die soziale Stellung seines Sprechers gewährte. Eine Durchlässigkeit für Auf- und Absteiger gab es dabei in beide Richtungen. Auch die Ansiedlung deutschsprachiger Protestanten aus anderen Teilen Preußens veränderte die linguistische Landkarte Oberschlesiens nur marginal. Eine Zäsur dagegen stellte das allgemein aufkommende nationale Bewusstsein der Staatenwelt Europas im ausgehenden 19. Jahrhundert dar. Nicht mehr das Herrscherhaus, nicht mehr die Dynastie als solche war identitätsstiftend, sondern primär die Zugehörigkeit zum selben Volk.

Das Zeitalter des Nationalismus – Versuche der Polarisierung

Als das preußische Oberschlesien 1871 Bestandteil des neugegründeten Deutschen Kaiserreiches wurde, spürte es den Wind der Zeit. Spielten sprachliche und kulturelle Homogenität zuvor keine Rolle, so galten sie nunmehr als integrale Bestandteile für ein geeintes deutsches Vaterland. Doch während nationales Gedankengut in zahlreichen gesellschaftlichen Kreisen Deutschlands bereits verankert war, fehlte ihm in Oberschlesien die entsprechende intellektuelle Trägerschicht. Das Bildungsbürgertum war in diesem eher agrarisch oder industriell ausgeprägten Land spärlich vorhanden. Erschwerend kam indes hinzu, dass die wenigen Angehörigen einer gebildeten Mittelschicht zugezogene protestantische Beamte waren. Den nationalen Marotten der neuen Mitbürger begegnete die tiefreligiöse alteingesessene

Bevölkerung somit nicht selten mit Misstrauen bzw. konfessioneller Feindschaft. Auch die nationalpolnische Agitation war hierbei selten vom Erfolg gekrönt. Zwar engagierten sich zahlreiche Vereine für die Restauration des polnischen Staates und die Weckung des nationalen Bewusstseins in der einheimischen Bevölkerung, ihre Jünger fanden sie aber ebenfalls hauptsächlich unter den Zugewanderten. Das pulsierende Industriegebiet im Osten des Landes zog nämlich nicht nur deutsche Beamte und Kaufleute, sondern auch polnische Arbeiter an. Dabei handelte es sich entweder um die Goralen aus der Tatra, auf welche die pejorative Bezeichnung „Gorale“ für alle polnischen Zuwanderer zurückgeht, oder aber um Bewohner der Provinz Posen. Die Posener bildeten gewissermaßen die nationale Avantgarde Polens. Ihre Heimat war erst im Zuge der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert in den Besitz der Hohenzollern gelangt und hatte bereits in der preußischen Zeit mit einer rigiden Assimilierungspolitik zu kämpfen. Durch die nationale Brille betrachtet, handelte es sich im Falle Oberschlesiens eindeutig um ein Entwicklungsland: völkisch indifferent, traditionell und in einer konfessionellen Lebenswelt gefangen. Die Missionare beider Lager bemühten sich deshalb nach Kräften, das Land aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken.

Die besseren Karten hatte dabei scheinbar die deutsche Seite, hinter der letztlich der Staat stand. Für diesen stand das südliche Oderland aber keineswegs auf der Prioritätenliste. Eher wollte man sich den renitenten Bewohnern Posens und Westpreußens zuwenden. Dennoch brachte das Kaiserreich die nationale Thematik auf die Tagesordnung und dies im eigenen Interesse äußerst unvorteilhaft: Für das wilhelminische Deutschland und seinen Kanzler Bismarck zählten nicht nur ethnische Minderheiten, wie Polen und Dänen, sondern auch die Sozialdemokratie und insbesondere die Katholische Kirche zu den Reichsfeinden. Gegen Letztere zog der Hohenzollernstaat im „Kulturkampf“ (1871-1887) zu Felde. Priestern wurde die politische Betätigung untersagt, Bischöfe interniert, Ordensgemeinschaften aufgelöst und das kirchliche Leben so weit wie möglich torpediert. In Oberschlesien äußerte sich dies konkret auch darin, dass kirchlicher Unterricht oder Andachten nicht mehr in slawischer bzw. polnischer Sprache stattfinden konnten.

Während die Einführung eines vorwiegend deutschsprachigen Unterrichts bei der Bevölkerung auf geringen Widerstand stieß, sorgte die Einschränkung des kirchlichen Lebens für Besorgnis. Denn genauso, wie man die sozialen Aufstiegschancen sah, die mit dem fehlerfreien Beherrschen des Hochdeutschen verbunden waren, so wurden auch die Gefahren für die konfessionelle Identität erkannt. Aus dieser scheinbaren Verquickung von Kirchen- und Nationalpolitik konnten insbesondere die polnischen Verbände Kapital schlagen. Sie skandierten die Parole „Katholik = Pole. Protestant = Deutscher“ und machten damit der katholischen Zentrumsparterie ihr Elektorat streitig. Diese hatte es vorher verstanden deutsch-, schlesisch- und polnischsprachige Einwohner gleichermaßen zu vertreten. 1903 aber gelang es Wojciech (Adalbert) Korfanty als erstem Angehörigen der Polenpartei das Monopol des Zentrums aufzubrechen und in den Reichstag

einziehen. Zuvor war dies nur seinen Parteifreunden aus Posen und Westpreußen gelungen. Allgemein aber blieb Oberschlesien eine Hochburg des Zentrums.

Bürgerkrieg, Plebiszit, Teilung – Die Folgen des Ersten Weltkrieges

Mit der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und der Rückkehr Polens auf die politische Landkarte Europas, stand auch der Status Oberschlesiens zur Debatte. Korfanty und andere polnische Nationalisten sahen in dem industrialisierten Land die Herzkammer des künftigen polnischen Staates, zumal ein Großteil seiner Einwohnerschaft slawischsprachig war, was als Synonym für ein polnisches Nationalbewusstsein gedeutet wurde. Um die alliierten Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, initiierte Korfanty drei polnische Aufstände, die jedoch jedes Mal von deutschen Freikorpsverbänden niedergeschlagen wurden. Die nationalen Risse gingen dabei mitten durch die Familien. Auf beiden Seiten kämpften Brüder, Väter oder Söhne mit- und gegeneinander. Ein Großteil der „Aufständischen“, sowie der „Verteidiger“ stammte allerdings gar nicht aus der Region selbst. Lemberger Kadetten und bayerische Paramilitärs konnten mitunter häufiger angetroffen werden als Einheimische.

Nach einem Plebiszit, bei dem sich 59,6 Prozent für Deutschland und 40,4 Prozent für Polen entschieden und dem gescheiterten dritten Aufstand, entschieden sich die Alliierten zur Teilung der Provinz. Die Volksabstimmung hatte gezeigt, dass Sprache und Konfession keineswegs mit nationalem Bekenntnis gleichzusetzen waren. Polen bekam dennoch den Löwenanteil des Reviers, einschließlich Kattowitz, während Westoberschlesien mit Oppeln im Reich verblieb. Beiderseits sicherte man sich umfangreiche Minderheitenrechte zu, die in der Realität häufig nicht beachtet wurden. Zahlreiche deutsch- oder polnischgesinnte Oberschlesier verließen deshalb ihr Teilungsgebiet und siedelten in den jeweils anderen Teil über. Mit dem deutschen Angriff auf Polen im September 1939 endete die Zeit der Teilung Oberschlesiens und begann eine Ära der systematischen Germanisierung der Region. Die Bevölkerung Ostoberschlesiens musste sich in sogenannte Volkslisten eintragen, in denen ihre Loyalität zum Deutschen Reich und ihre deutsche Abstammung festgestellt wurden. Hinweise auf eine slawische Vergangenheit der Region sollten so weit wie möglich getilgt werden.

Eine neue Ordnung – Oberschlesien wird polnisch

Die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges und sein Ende bedeuteten für Oberschlesien nochmals eine Zeit der tiefgreifenden Veränderungen. Das von Bombardements zuvor weitgehend verschonte Land, wurde durch die

Kampfhandlungen zwischen Roter Armee und Wehrmacht stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch in demographischer Hinsicht stellte die Zeit ab 1945 eine Zäsur dar. Fortan befand sich die Provinz im sowjetischen Machtbereich bzw. dem ihrer polnischen Vasallen. Bereits auf der Konferenz von Jalta hatten die Alliierten festgelegt, dass im Falle des zu erwartenden Sieges der Koalition, die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße Bestandteile des wieder errichteten und seiner östlichen Territorien entledigten polnischen Staates sein sollten.

Sowohl das demokratische, als auch das moskauhörige kommunistische Lager begrüßten diesen Territorialgewinn. Flächenmäßig blieb das neue Polen dennoch wesentlich kleiner, als es die Zweite Republik der Zwischenkriegszeit gewesen war. Neben überwiegend weißrussisch und ukrainisch bevölkerten Gegenden, hatte es auch die Städte Lemberg und Wilna verloren, die seit Jahrhunderten eine wichtige Zentren der polnischen Politik und Kultur gewesen waren. Zudem wurde die Bevölkerung dieser Gebiete vertrieben. Im offiziellen Duktus blieben sie freilich „Repatrianten“, d. h. Personen die in das Vaterland zurückgekehrt sind. Für diese musste eine neue Heimat gefunden werden. Dazu eigneten sich insbesondere die deutschen Ostgebiete, deren Bevölkerung entweder geflohen war, oder deren Vertreibung und Aussiedlung unmittelbar bevor stand. In diesem Kontext spielte nun wieder Oberschlesien eine Rolle. Denn wie konnte eine solche immense territoriale Verschiebung glaubwürdig vermittelt werden? Am besten, indem man, quasi in Entsprechung zum nationaldeutschen Narrativ, den „urpolnischen Charakter“ dieser „wieder gewonnenen Gebiete“ apostrophierte. Die oberschlesische Mischbevölkerung eignete sich hierzu hervorragend. Sie war katholisch, wie die Mehrheit der Polen, und sie sprach ein slawisches Idiom, das zu großen Teilen auf dem Altpolnischen basierte. Zusammen mit den ebenfalls slawischsprachigen, aber protestantischen Masuren, wurden nun die Oberschlesier als Beleg für die ununterbrochene slawische Siedlung und für den dadurch gültigen Besitzanspruch auf das alte piastische Land, ins Feld geführt. Dadurch blieb der Provinz das Schicksal der meisten anderen Ostprovinzen erspart: ein nahezu vollständiger Wechsel der Bevölkerung.

Die Geburtsstunde der Minderheit

Zwar wurde die fast ausnahmelos deutschsprachige Bevölkerung der westlichen Landkreise wie Falkenberg, Neiße, und Leobschütz größtenteils vertrieben. Ebenso erging es den meisten protestantischen und ebenfalls rein deutschsprachigen Eliten im Industriegebiet. Den bilingualen Bewohnern und einigen Tausend deutschsprachigen Facharbeitern im Revier wurde dagegen das Wohnrecht zugesprochen. In Oberschlesien verblieben also fast 40 Prozent der Vorkriegsbevölkerung (700.000-800.000). Den Zweisprachigen, die offiziell auch Autochthone, d. h. Alteingesessene genannt wurden, galt dabei die besondere

Zuneigung der polnischen Propaganda. Nach der staatlichen Lesart waren sie Volksgenossen, die über Jahrhunderte unter der germanischen Aggression gelitten, und trotz aller Assimilierung im Kern doch Polen geblieben waren. Schließlich hätten sie ja stets Sprache und Glauben von ihrer Umgebung unterschieden. Gleichwohl sei diese Zeit nicht spurlos an ihnen vorübergegangen und so müsse diese versprengte Herde wieder zum wahren Polentum bekehrt werden. Praktisch darunter zu verstehen waren Vorgehensweisen, die sich in den meisten Fällen nur marginal von denen der Nationalsozialisten in den Jahren zuvor unterschieden. Als Bedingung für die Wahrung des eigenen Besitzstandes und damit des Aufenthaltsrechtes wurde beispielsweise die Verifikation als Pole vorausgesetzt. Darunter ist zu verstehen, dass sich der Unterzeichner einer diesbezüglichen Erklärung als Pole definierte und den Wunsch äußerte in die Gemeinschaft der Polen zurückzukehren. Hunderttausende, die kein Interesse hatten Hab und Gut aufs Spiel zu setzen unterzeichneten. Gleichwohl verweigerten auch mehrere Zehntausend Personen die Unterschrift oder kamen erst gar nicht mit dem Verifizierungsprozess in Verbindung.

Bruch mit der Vergangenheit – die Polonisierung der Region

Zeitgleich setzte ein Ikonoklasmus, ein Bildersturm, in der nun de facto polnischen Provinz ein. Hinweise auf die deutsche Vergangenheit der nunmehr von Kattowitz aus regierten Wojewodschaft sollten zerstört werden. Straßennamen wurden geändert, öffentliche Plätze umgestaltet, Denkmäler gestürzt. Selbst vor Grabmälern machten die Bilderstürmer dabei keinen Halt. Eindrucksvoll lässt sich das heute noch immer auf dem Friedhof von Lubowitz beobachten. In dem kleinen Dorf im Ratiborer Land, in dem der Dichter Joseph von Eichendorff 1788 zur Welt kam, wurden sämtliche deutsche Inschriften aus den Marmor- und Granitsteinen gemeißelt. Lediglich Geburts- und Sterbedaten, sowie die Namensfelder wurden übrig gelassen. Vielleicht aus Gründen einer noch marginal vorhandenen Pietät. Natürlich erkannte man auch die Symbolkraft des Annaberges, des wichtigsten Wallfahrtsortes in Oberschlesien. An seinem Fuß, unweit der Basilika, hatten die Nationalsozialisten ein Mausoleum für die während der Polnischen Aufstände gefallenen Freikorpsangehörigen errichtet. In dessen Nachbarschaft befand sich ein großes Freilufttheater, das als Thingstätte genutzt werden sollte. Das nationalsozialistische Pilgerzentrum wurde gesprengt. An seiner Stelle weihte man 1955 ein „Denkmal der Aufständischen Tat“ ein, das zwar ebenfalls an die Kämpfe in Oberschlesien erinnerte, diesmal freilich aber die andere Perspektive behandelte.

Mit der gleichen Verve, mit der man Mitte der 1930er Jahre dazu übergegangen war jegliche Hinweise auf eine slawische Vergangenheit der Region zu vernichten, befließigte man sich nun, die Spuren der deutschen Vergangenheit zu zerstören. Dabei ging es nicht allein um die Umbenennung von Flur- und Ortsbezeichnungen, und die Schaffung neuer Gedenkstätten, sondern auch um die Änderung von Vor-

und Familiennamen. Viele Familien bekamen dabei nicht etwa ihre alten Namen zurück, die sie vor der nationalsozialistischen Germanisierungswelle getragen hatten: Sie erhielten häufig neue polnische Namen. Die Angehörigen der Familie Müller, die eigentlich Mynarek hießen, fanden sich so später als Młynarz's wieder. Die Namensänderungen konnten zwar auch freiwillig erfolgen, in den meisten Fällen ging die Initiative dafür jedoch von staatlicher Seite aus.

Der wichtigste Schritt gegen die einheimische Kultur bildete die Unterdrückung der lokalen Sprache. Der Gebrauch des Deutschen, das gerade für die im „Dritten Reich“ aufgewachsene Generation vielfach das einzige Verständigungsmittel gewesen war, wurde vollkommen untersagt. Für viele Kinder bedeutete dies erstmals einen enormen Rückschritt in ihrer Entwicklung, da sie dem polnischen Unterricht ohne Sprachkenntnisse nicht folgen konnten. Zudem waren sie häufig auch wegen ihrer Aussprache eindeutig als Einheimische erkennbar.

Bei Zuwiderhandlungen gegen das Sprachverbot konnten die Konsequenzen vielfältig sein. Sie reichten von Maßregelungen in der Schule, über Geldstrafen, bis hin zu beruflichen Konsequenzen am Arbeitsplatz. Als ein wirksames Instrument zur Durchsetzung erwies sich dabei der Schulunterricht. Hier konnte die nachwachsende Generation nicht nur mit den neuen Ideen des Sozialismus und Polentums in Berührung gebracht, sondern zudem auch der Gebrauch des Deutschen im privaten Umfeld kontrolliert werden. Ein paar Sätze auf Deutsch, einige beiläufige Äußerungen unter Freunden verrietten, dass es die betreffende Familie mit dem Gesetz vielleicht doch nicht so genau nahm. Zahlreiche Familien entschieden sich, nachdem sie ein Mahnschreiben aus der Schule erhalten hatten, im privaten Umfeld nur noch Polnisch oder Schlesisch zu sprechen. Von Regierungsseite wurde sogar aktiv aufgerufen, die Befolgung der Gesetze in der Nachbarschaft zu überprüfen. Der Denunziant von nebenan, der unter der Fensterbank oder an der Tür lauschte, war keine Seltenheit. So sehr dies die nachbarschaftliche Atmosphäre zerstören mochte, so sehr dies das Verhältnis von Zugewanderten und Alteingesessenen zusätzlich belastete, so effektiv war es letztlich. Insbesondere im Revier, dessen Einwohner auf engstem Raum zusammenlebten, konnte die deutsche Sprache fast vollkommen aus dem Alltag und dem Familienleben verdrängt werden. Im westlichen, eher landwirtschaftlich geprägten Teil des Landes mit seinen zahlreichen Dörfern und Weilern, konnte sich das Deutsche freilich besser halten, da hier eine umfassende und unauffällige Kontrolle schwerer möglich gewesen ist. Doch auch das Slawoschlesische bzw. Schlonsakische war wenig gelitten. Gewiss ließ es sich nicht als Deutsch kategorisieren, seine Sprecher aber blieben der Staatsmacht trotzdem suspekt. Schlesisch galt als Dialekt der Zurückgebliebenen, als ein Relikt aus vergangenen Zeiten und als Verständigungsmittel unsicherer Kantonisten.

„Echte Polen?“ – Differenzen zwischen Einheimischen und Zugezogenen

An den Orten des öffentlichen Lebens wie der Schule oder dem Arbeitsplatz zeigte sich zudem, dass die vielfach beschworene Harmonie zwischen den polnischen Brüdern nicht existierte. Zugewanderte und Einheimische lebten häufig in voneinander getrennten Lebenswelten und standen sich nicht selten abweisend und feindlich gegenüber. Die Zuwanderer aus Ost- und Zentralpolen wurden in Oberschlesien zudem mit vollkommen anderen Traditionen und Lebensentwürfen konfrontiert, die sie als nicht polnisch empfanden. Sei es das Feiern des Geburtstages anstelle des Namenstages oder aber die Wertschätzung schwerer körperlicher Arbeiten gegenüber geistigen Berufen. Für sie waren dies eindeutig deutsche Lebensentwürfe und die Einheimischen für sie folglich auch keine Polen, sondern zweifelsfrei Deutsche, für die sich zahlreiche pejorative Bezeichnungen fanden: „Hanysy“ (von dt. Hans), „Hitlerowcy“ (Hitleristen), „Gebbelse“ (von Goebbels), sowie „Helmuty“ (von dt. Helmut). Ebenso begannen auch die Einheimischen die Zugewanderten als „Gorole“ oder „Hadzaje“ zu beschimpfen. Die Resultate dieser Entwicklung entsprachen keineswegs den von der Partei gewünschten Zielen. Anstatt die Polonisierung der Region voranzutreiben, entfremdete sie in zahlreichen Fällen die Bevölkerung sogar noch weiter vom polnischen Staat und seiner Kultur. Einige polnischgesinnte, oberschlesische Intellektuelle etwa monierten, dass der Volksrepublik das innerhalb von fünf Jahren gelungen sei, wofür die deutschen Staaten Jahrhunderte vergeblich gekämpft hätten: die vollständige Germanisierung seiner Bevölkerung.

Nun kann man dies im Wesentlichen zwar als eine überzogene Kritik betrachten, zumal bereits die repressive Sprachpolitik, sowie der Umgang mit Denkmälern etc. alles andere als eine Unterstützung für den Aufbau eines deutschen Kulturlebens waren. Freilich findet sich in dieser Äußerung aber auch das ein oder andere Körnchen Wahrheit. Denn die Diskrepanz zwischen der offiziellen Parteilinie und dem Alltagsleben, gerade auch dem der Nomenklatura, war mehr als offenkundig. Höhere Ämter in Staat und Partei bekleideten hauptsächlich Zugewanderte und der Umgang dieser mit den Einheimischen diente kaum der Verbesserung der ohnehin schlechten Beziehungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Selbst diejenigen unter den Einheimischen, die seit geraumer Zeit polnisch gesinnt waren, wurden durch die staatliche Bürokratie vor den Kopf gestoßen. So gibt es Fälle, in denen Aktivisten der polnischen Minderheit, die für ihre Überzeugungen teilweise sogar im Konzentrationslager gesessen hatten, die Anerkennung als Pole verwehrt wurde. Dabei spielte die nationale Gesinnung der Betroffenen keine Rolle, sehr wohl jedoch der materielle Status. Auf diese Weise gingen zahlreiche größere Häuser oder Höfe in den Besitz von Parteigrößen und deren Anhang über, während die ursprünglichen Besitzer als Deutsche in den Westen ausgesiedelt wurden. Gleichzeitig zeigte man sich gegenüber ehemaligen NSDAP-Mitgliedern jedoch äußerst indulgent und ermöglichte ihnen, eine zumindest bescheidene gesellschaftliche Partizipation.

Insgesamt hinterließ das Vorgehen der Partei einen katastrophalen Eindruck. Ebenso wie in der Zeit des „Kulturkampfes“ das Votum für Polen in erster Linie als Abwehrreaktion gegenüber einer aggressiven Kirchen- und Nationalitätenpolitik

verstanden werden sollte, so kann auch die zunehmende Hinwendung zu einem deutschen Bekenntnis als Antwort auf die Diskriminierungen staatlicherseits gewertet werden. Eine im Vergleich zur Vorkriegszeit schlechtere Wirtschaftslage, infrastrukturelle Mängel, eine nationalistisch-motivierte Repression, die teils Orwell'sche Züge trug, legte man, ohne weitere Differenzierung dem polnischen Staat zur Last. Parallel dazu entstand eine Art Nostalgie an die gute alte Zeit als Teil des Deutschen Reiches, die insbesondere das westliche Oberschlesien erfasste. Man erinnerte sich gern an Ordnung, geregelte Arbeitsverhältnisse und eine anerkannte Stellung in der Gesellschaft. Das auch während dieser „goldenen Jahre“ nicht alles glänzte, wurde ausgeblendet oder aber mit dem Blick auf aktuellen Verhältnisse relativiert.

Nahrung erhielt dieses positive Deutschlandbild zudem auch durch die Nachrichten von Familienangehörigen, die nun im Westen lebten. Sie schilderten den Verbliebenen in ihren Briefen ein pulsierendes Leben in den Jahren des Wirtschaftswunders und priesen, ihre gestiegenen Konsum- und Verdienstmöglichkeiten. Dass dieses Leben oft auf einem schwierigen Anfang in der neuen Heimat gründete, fand indes weniger Beachtung. Ökonomische Vorteile und die zunehmend wahrnehmbare Polonisierung der eigenen Kinder waren Faktoren, die viele Familien mit dem Gedanken einer Ausreise liebäugeln ließen. Eine Wahrung des eigenen sprachlichen und kulturellen Erbes war im öffentlichen Raum nicht und im privaten Umfeld nach wie vor kaum möglich. Einen deutschen Verein in Oberschlesien gab es nicht. Andernorts konnte sich ein deutsches Vereinsleben dabei sehr wohl etablieren.

(Un)Geduldete Minderheit

Im niederschlesischen Waldenburg, in dem einige Tausend Industriefachkräfte mit ihren Familien zurückgeblieben waren, gründete sich eine Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft. Mit finanzieller und ideologischer Hilfe aus der DDR legte sie ein reges Vereinsleben an den Tag. Der polnischen Regierung diente der Verein zudem als Feigenblatt auf die Frage nach der Existenz einer deutschen Minderheit. Eine solche gäbe es zwar und sie erfreue sich auch aller kulturellen Freiheit, zahlenmäßig sei sie jedoch eine zu vernachlässigende Größe. Damit konnte zum einen die eigene Toleranz attestiert und zum anderen die leidige Situation in Oberschlesien umgangen werden. Dort gab es zwar mehrere Initiativen von Einheimischen, ebenfalls eine Plattform für Deutsche ins Leben zu rufen. Derartige Versuche wurden aber von offizieller Seite rigoros gestoppt und die Beteiligten entweder des Landes verwiesen oder drangsaliert. An diesem Zustand sollte sich bis zum Ende der Volksrepublik wenig ändern. Selbst Deutsch als Fremdsprache kam in den Lehrplänen der Wojewodschaft Schlesien kaum vor. Lediglich in den Gemeinden, deren Vorkriegsbevölkerung nahezu vollständig vertrieben worden war und in der de facto

keine Schlesier mehr lebten, durften Kinder Deutsch lernen. Eine an sich groteske Situation, denn Deutsch war keineswegs nur die Sprache des verhassten Feindes, der Polen 1939 überfallen und der nun scheinbar in der Bundesrepublik seine Fortsetzung gefunden hatte, sondern auch das Idiom des sozialistischen Bruderstaates der DDR. Eine generelle Ablehnung des Deutschen in der Volksrepublik lässt sich nicht feststellen. Vielmehr florierte gerade in den ehemaligen deutschen Ostgebieten der Fremdsprachenunterricht. In Polen lernten so viele Schüler die Sprache Goethes und Schillers, wie in keinem anderen Land des Ostblocks. Breslau, die schlesische Hauptstadt, wurde zudem zu einem Zentrum der Germanistik mit internationaler Strahlkraft. Die Forschungen Marian Szyrockis zur deutschen Barockliteratur genießen bis heute einen kanonischen Rang und kaum ein Aufsatz über die Dichter Gryphius, Silesius oder Opitz kommt ohne seine richtungsweisenden Erkenntnisse aus.

Die einzigen weißen Flecken auf der Landkarte des Sprachunterrichtes bildeten dagegen Oberschlesien und das südliche Ostpreußen, die beiden einzigen Gebiete in der ein Großteil der Einwohner bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges ansässig gewesen war. Eine freiwillige Ausreise in den Westen blieb jedoch lange im Bereich des Unmöglichen, zumal es ein Recht auf Freizügigkeit, ähnlich wie später in der DDR, nicht gab. Eine erste Möglichkeit zur Ausreise öffnete sich im Zuge des politischen Tauwetters, das nach Stalins Tod einsetzte. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 rechnete Chruschtschow mit dem Erbe des Diktators ab und weltweit nährte sich die Hoffnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Auch Polen, dessen stalinistischer Generalsekretär, Bolesław Bierut, während des sowjetischen Parteitages in Moskau unter mysteriösen Bedingungen gestorben war, spürte diesen Hauch der Liberalisierung. Im Zuge der Familienzusammenführung gestattete man nun zahlreichen verbliebenen Deutschen die Aussiedlung in den Westen. Für Oberschlesien blieben die Konsequenzen indes gering. Die meisten Aussiedler kamen aus Gebieten, in denen nur noch kleine Gemeinschaften von Deutschen lebten, wie Niederschlesien oder Pommern, und in denen sie meist schon zuvor als nationale Minderheit anerkannt worden waren. In Oberschlesien gestattete man vorwiegend ein paar Familien von Industriefacharbeitern, aus dem Revier, die Ausreise.

Doch längst nicht alle Oberschlesier, die in Deutschland das Land ihrer Träume und ihr Vaterland sahen, dachten daran, der Heimat den Rücken zu kehren. Das Kriegsende lag kaum zehn Jahre zurück und von einem festen Grenzverlauf konnte de jure nicht die Rede sein. Die Bundesrepublik betrachtete die Gebiete östlich von Oder und Neiße offiziell als Territorien, die lediglich unter polnischer und sowjetischer Verwaltung standen. Die Besitzfrage dagegen, sollte später auf einer allgemeinen Friedenskonferenz geklärt werden. Bis dato galten sie jedoch formell als deutsch und dies kam auch im Alltag zum Ausdruck: Wetterkarten, Landkarten in Atlanten und Schulbüchern, sowie Reisepläne, die in der Bundesrepublik erschienen, zeigten mit Selbstverständlichkeit einen deutschen Staat in den Grenzen von 1937. In diesem war zumindest das westliche Oberschlesien ein integraler Bestandteil. Zudem legten

auch der aggressive deutsch-polnische Diskurs und die beidseitige Propaganda den Schluss nahe, dass die Würfel noch nicht gefallen waren. Darüber hinaus erschien die Vorstellung von einer nochmaligen Verschiebung des territorialen Status quo nicht abwegig, gerade im Hinblick auf die bewegte Geschichte der vergangenen Jahrzehnte: Auf den Trümmern des Kaiserreiches stand die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesien 1918 erstmals zur Disposition. Im Verlauf der drei Polnischen Aufstände kam es zu wechselnden Besitzverhältnissen, bis 1922 vonseiten der Siegermächte die Teilung der Provinz dekretiert wurde. Knapp 17 Jahre später stand diese Verfügung zur Disposition, als das nationalsozialistische Deutschland die Zweite Polnische Republik zerschlug und das gesamte Oberschlesien in seinen Staatsverband aufnahm. In dieser Reihe konnte auch 1945 als neuerliche, aber keineswegs finale Zäsur betrachtet werden. Devisen wie „Warte ab, bald sind die Deutschen wieder da und dann ändert sich wieder alles!“ waren weit verbreitet.

Trotz des nach wie vor rigiden Sprachverbotes blieben immer noch Kanäle geöffnet, die es den Oberschlesiern ermöglichten ihr Anderssein auszudrücken. Hier kam insbesondere der Pflege von Traditionen, die bei den polnischen Nachbarn unbekannt oder schwach ausgeprägt waren, eine große Bedeutung zu. Das konnte die eigene Geburtstagsfeier oder das gemeinsame Begehen des Karnevals in der Pfarrgemeinde sein. Bei aller Akribie der kommunistischen Behörden in der Auslöschung der deutschen Vergangenheit, blieb doch das Feld der Namensgebung weitgehend offen. Zwar gab es auch hier Fälle, in denen Familien der Wunschname ihres Kindes verwehrt wurde, generell jedoch durfte hier aus einem beträchtlichen Fundus geschöpft werden. Unter der Generation der in den 1950er und 1960er Jahre Geborenen finden sich daher zahlreiche Helmut, Dieters oder Siegfrieds. Seinem Kind einen deutschen Namen zu geben, war eine bewusste politische und nationale Positionierung. Ähnlich konnten Namen wie Lech, Zdzisław oder Włodzimierz fast ausschließlich unter Zugezogenen oder dezidiert polnischen Zeitgenossen gefunden werden. Lediglich christliche Namen waren unter beiden Gruppen, und hier unter Frauen wie Männern, verbreitet. Die deutschen Vornamen fanden sich dabei sogar in den amtlichen Registern, die alle zur Auswahl stehenden Namen auflisteten. Schließlich nahmen einige sogar bedeutende Stellen in der polnischen Literatur ein. Siegfried (Zygryd) beispielsweise findet sich u. a. in Sienkiewiczs Roman „Die Kreuzritter“, wo er einem besonders blutrünstigen und falschen Tempelherren Pate steht. Mitunter konnte ein deutscher Vorname somit nicht nur Aufschluss über die familiäre Herkunft seines Trägers geben, sondern ungewollt auch stigmatisieren, denn von einer Kenntnis der polnischen Literatur konnte in vielen Familien nicht gesprochen werden.

Brandts „Neue Ostpolitik“ und der Beginn der massenhaften Aussiedlung

Einen spürbaren Einschnitt dagegen markierten die Abwahl der Regierung Kiesinger in der BRD und der Beginn der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt. Unter der Ägide von Brandts Staatssekretär Egon Bahr, änderte sich der Ton im Umgang mit den Staaten des Ostblocks. Wichtiger Bestandteil der „Neuen Ostpolitik“ war dabei auch die Aussöhnung mit der Volksrepublik Polen. Symbolischen Charakter hatte dabei Brandts Kniefall 1970 in Warschau vor dem Denkmal der Opfer des Warschauer Aufstandes, der zugleich auch ein Ende des aggressiven deutsch-polnischen Diskurses einläutete. Neben der Anerkennung der deutschen Kriegsverbrechen, vollzog die neue Regierung auch in Fragen des Territorialbesitzes eine Kehrtwende. Die Oder-Neiße-Grenze wurde nun auch erstmals von der BRD als Grenze zwischen Deutschland und Polen betrachtet. Gleichzeitig einigte man sich mit der polnischen Regierung, dass die verbliebenen Deutschen das Recht zur Ausreise erhalten sollten. Offiziell ging man dabei polnischerseits von einigen Zehntausend Personen aus. Die Praxis zeigte aber bald ein anderes Bild. Denn allein bis zum Jahr 1970 waren über 200.000 Ausreiseanträge von Deutschen nicht bearbeitet worden.

Die Zahl dieser Ausreiseanträge stieg in den kommenden Jahren spürbar an. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Gewissheit, dass Oberschlesien wohl nie wieder Teil Deutschlands werden würde, als auch die ökonomische Lage. Im selben Jahr, in dem die Bundesrepublik auf die Ostgebiete verzichtet hatte, vollzog sich auch in Warschau ein Führungswechsel. Den altgedienten Generalsekretär Władysław Gomułka, ersetzte der junge Edward Gierek. Gierek gelang es zu Beginn seiner Amtszeit, Polen in einen Konsumrausch zu stürzen. Unmengen an Waren wurden aus dem Ausland importiert. Freilich um den Preis einer drastisch gestiegenen Staatsverschuldung, die Ende der 1970er Jahre zu einer großen Versorgungskrise führte. Die innenpolitische Stabilität konnte dabei erst durch die Ausrufung des Kriegszustandes 1981 wiederhergestellt werden. Freilich ging dies mit einer Drangsalierung der politischen Opposition und einer weitgehenden Einschränkung der individuellen Freiheiten einher. Zahlreiche Deutsche in Oberschlesien, aber auch viele polnische Mitbürger suchten nun ihr Heil im Westen.

Theoretisch hatten dabei die Deutschen die besseren Karten. Denn Sie mussten lediglich ihre Herkunft nachweisen können, während polnische Exilanten als politische Flüchtlinge anerkannt werden mussten, um ein Aufenthaltsrecht in einem westlichen Staat zu erhalten. Allerdings blieb dieser Vorteil häufig auf die Theorie beschränkt. Die Bewilligungsverfahren für die Ausreise und die jeweiligen Formalitäten blieben dabei schwer zu durchschauen. Teilweise stellten Personen bis zu 25 Anträge, bevor ihnen die Ausreise gestattet wurde. Einen Ausreiseantrag zu stellen bedeutet jedoch nicht nur ein Blatt Papier auszufüllen, sondern war mit vielen handfesten Konsequenzen verknüpft. Vielfach lebten Familien über Jahre auf gepackten Koffern, da die Ausreisefristen häufig zu kurz waren, um ohne Probleme Haus und Hof verkaufen zu können. Ebenso gelangte die Nachricht von der Antragstellung auch an die Arbeitsstelle des Ausreisenden. Da er nun als staatlich und national unzuverlässig galt, sah er sich nicht selten mit der Feindschaft seiner

Vorgesetzten konfrontiert. Ob und wenn ja, wie viele Andenken aus der alten Heimat mitgenommen werden durften, variierte dabei von Ort zu Ort und von Beamten zu Beamten. Teilweise beanstandeten die Grenzbehörden die Mitnahme eines zweiten Kopfkissens, gestatteten in anderen Fällen aber die Überführung ganzer Privatbibliotheken in den Westen. Wenngleich detaillierte wissenschaftliche Studien hierzu bis heute fehlen, ist auffällig, dass nicht nur Personen, die einstmals deutsche Staatsbürger gewesen waren, die Ausreise gestattet wurde. Hier ist auch nicht von Familien die Rede, die ein deutsches und ein polnisches Elternteil hatten, sondern von Personen, die teilweise aus dem Lemberger Raum oder aus Posen stammten und keine deutschen Vorfahren, teilweise nicht einmal einen deutsch klingenden Nachnamen aufweisen konnten. In Deutschland angekommen sorgten diese Aussiedler, die tatsächlich nichts mit der deutschen Kultur verband und die weiterhin ihre polnische Identität pflegten häufig dafür, dass bei den Einheimischen der Eindruck entstand, dass alle Aussiedler per se nur aus wirtschaftlichen Gründen und nicht aufgrund einer nationalen Diskriminierung in die BRD gekommen seien. Schnell bürgerte sich für sie die spöttische Bezeichnung „Volkswagendeutsche“ ein. Gleichzeitig verwehrten die kommunistischen Behörden aber explizit deutschgesinnten Oberschlesiern die Ausreise. Inwieweit diese Ausreisepraktiken gezielt staatlich beeinflusst wurden, bleibt vorerst unbeantwortet. Gänzlich abwegig ist die These indes nicht, dass auch vielen eindeutig nichtdeutschen Familien die Ausreise gestattet wurde, um Kreise im Ausland zu diskreditieren, die auf die Existenz einer deutschen Minderheit und die Unterdrückung ihrer Kultur hinwiesen.

Offizielle Leugnung der Minderheit

Denn von offizieller Seite wurde die Existenz einer größeren deutschen Volksgruppe in Polen nach wie vor in Abrede gestellt. Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban betonte zudem mehrfach, dass die Ausreisenden aus familiären und nicht aus nationalen Gründen emigrierten. Unerwartete Schützenhilfe erhielt die Regierung dabei vonseiten der Katholischen Kirche. Der polnische Primas Józef Glemp betonte 1984, bei einer Predigt vor 200.000 Gläubigen im Wallfahrtsort Tschenstochau, dass es erstens keine deutsche Minderheit gebe und diese folglich auch kein Unrecht erfahren könne und dass zweitens all jene, die sich selbst als Deutsche bezeichneten, dies aus unlauteren, minderen Gründen tun würden: „Wenn sich jemand nach vierzig Jahren in Polen noch als Ausländer bezeichnet, obwohl er weder die Sprache noch die Kultur dieses angeblichen Vaterlandes kennt, so haben wir es hier mit einem künstlichen Prozess zu tun, der eher durch niedrige Beweggründe ausgelöst wurde, durch Geld, den Willen zu einem leichteren Leben

und Bequemlichkeit und manchmal mit dem Wunsch danach, sich von den Mühen des Kampfes für eine bessere Zukunft zu befreien.“

Solch eine Aussage ihres Oberhirten fiel bei den überwiegend katholischen und kirchennahen Oberschlesiern auf wenig Verständnis. Zumal diejenigen, die sich für die offizielle Anerkennung der Minderheit stark machten, alles andere als mit einem leichten Leben bedacht wurden. Zahlreiche Aktivisten, die sich ausdrücklich für den Verbleib in Oberschlesien ausgesprochen hatten, wurde entweder ihre Arbeitsstelle gekündigt oder aber die Ausreise expressis verbis nahegelegt. Unterstützung erhielten die langsam wachsenden Initiativen der Deutschen in Oberschlesien vorwiegend von Organisationen aus Westdeutschland, darunter vor allem durch die CDU und die Landsmannschaften.

Wenige Monate nach den umstrittenen Äußerungen Glemps machten die Deutschen in Polen erstmals in Form einer spektakulären Unterschriftenaktion auf sich aufmerksam. Mehrere Hunderttausend Unterzeichner hielten dem polnischen Primas nun vor Augen, dass dessen Aussagen falsch und überdies unangemessen seien. Obgleich der Klerus in Oberschlesien zu großen Teilen von Einheimischen gestellt wurde und der charismatische Oppelner Bischof Alfons Nossol, selbst aus einer deutschsprachigen Familie stammte, sollte es bis zum Jahr 1989 dauern, bis die erste Messe in deutscher Sprache gefeiert wurde. Die Wahl des Ortes indes sprach Bände, denn es handelte sich um keine kleine Dorfkirche oder Kapelle, sondern um die Wallfahrtskirche auf dem St. Annaberg, dem symbolträchtigsten Ort auf der geistlichen Landkarte Oberschlesiens.

Niedergang des Kommunismus und Renaissance der deutschen Kultur

Auch auf weltlicher Ebene fand nun langsam eine Organisationsbildung statt. Zu einer der ersten Gruppierungen gehörte der Eichendorffverein in Lubowitz, der zwar die Bezeichnung „deutsch“ im Namen vermied, dessen Agenda jedoch eindeutig auf die Pflege und Wahrung der deutschen Tradition abzielte. An der Ruine des Dichterschlosses fand auch die größte politische Manifestation der deutschen Oberschlesier in Polen statt. Über 12.000 Personen Anwesende forderten die vollkommene Anerkennung als Minderheit und die Garantie spezieller Minderheitenrechte. Wortgewaltig unterstützten sie dabei aus dem Ausland angereiste Gäste, unter ihnen der Europaparlamentarier Otto von Habsburg und der aus Ratibor stammende Jesuitenpater Johannes Leppich. Sowohl im Regierungsbezirk Oppeln, als auch in Kattowitz entstanden nun allerorten „Deutsche Freundschaftskreise“ (DFK), die sich später unter dem Dach des „Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ zusammenschlossen.

Ermöglicht hatte diese neue Offenheit die allmähliche Lähmung der Partei durch die Streiktätigkeiten der Gewerkschaft Solidarność, aber auch die Reformpolitik des

sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow, die ungewollt zum Zerfall des Ostblockes führte. Die christlich-liberale Regierungskoalition förderte von Anfang an die Aktivitäten der deutschen Minderheit, gleichwohl blieb man sich ihrer politischen Sprengkraft bewusst. Auch wenn Ende der 1980er Jahre ein Drittel bis knapp die Hälfte der Oberschlesier ihre Heimat verließen, blieben sie doch ein ernstzunehmender Faktor. Als der deutsche Kanzler Helmut Kohl zusammen mit dem ersten frei gewählten polnischen Premier seit dem Zweiten Weltkrieg, Tadeusz Mazowiecki, eine Versöhnungsmesse feiern wollte, entschied man sich für das niederschlesische Kreisau und gegen den oberschlesischen St. Annaberg. Offensichtlich wollte man zwar die Steine, aber nicht die Menschen deutsch sprechen lassen und fürchtete, dass es zu einem nationalen Eklat kommen könnte. Zu einem solchen kam es dann dennoch, als einige Aktivisten der Minderheit ebenfalls nach Kreisau reisten und vor den Augen der Weltöffentlichkeit Plakate mit Sprüchen wie „Helmut, du bist auch unser Kanzler“ entrollten. Besonders scharfe Kritik übte dabei die deutsche Presse an den Vertretern der Minderheit. Die nötige Empathie dafür, warum es überhaupt zu einer solchen Manifestation kam, welches Los die deutschen im Kommunismus zu tragen hatten, fehlte ihnen dabei offenkundig.

Der deutsch-polnische Grenzvertrag: Territorialverzicht und Minderheitenrechte

Eine ernsthafte Gefährdung des territorialen Status quo bestand für den polnischen Staat indes zu keiner Zeit. Im Zuge der Wiedervereinigung, in den sogenannten Zwei-plus-Vierverträgen erkannte die nun souveräne Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze als endgültig an, forderte im Gegenzug jedoch umfangreiche Rechte für die auf polnischem Gebiet verbliebenen Deutschen. Sprachliche und kulturelle Entfaltung sowie politische Repräsentation und die Option beide Staatsbürgerschaften gehörten zu den wichtigsten Punkten. In der Praxis stieß die Umsetzung dieser im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag verankerten Punkte jedoch auf eine Vielzahl von Barrieren und Widerständen. Die politische Rechte warnte vor dem Entstehen eines de facto eigenständigen Gebietes im polnischen Staat und fand u. a. auch bei vielen Polen Gehör, die im Siedlungsgebiet der deutschen Minderheit wohnten. Mit besonderem Einsatz widersetzen sie sich dabei häufig der Einführung des Deutschunterrichtes in den Gemeinden. Die Angst vor einer Germanisierung der eigenen Kinder grassierte und dies, obwohl Deutsch hauptsächlich im Umfang einer Fremdsprache unterrichtet wurde und diese Unterrichtsform in anderen Landesteilen seit Jahrzehnten bestand. Auf heftigen Widerstand stieß, und stößt teilweise bis heute, die Einführung deutschsprachiger Messen, da einige Pfarrer entweder mit dem nationalpolnischen Lager sympathisierten oder keine geistliche Notwendigkeit hierfür erkennen wollten. Leichter gestaltete sich indes die Entwicklung auf dem politischen Parkett. Sowohl auf lokaler, als auch auf regionaler und nationaler Ebene stellte die deutsche

Minderheit eigene Wahlkomitees auf. In der Wojewodschaft Oppeln konnte sie in zahlreichen Gemeinden die Mehrheit der Mandate erringen und stieg auch auf der regionalen Ebene zu einer wahrnehmbaren Kraft auf. Im Sejmik, einer Art Landtag, stellte sie eine der stärksten Fraktionen. Selbst im polnischen Unterhaus steht ihr rechtlich mindestens ein Platz zu. Bei der ersten Sejmwahl schafften es sogar sieben Vertreter der Minderheit den Einzug ins polnische Parlament.

Sprache, Demographie, Kultur – Problemfelder der Minderheit zu Beginn des neuen Jahrtausends

Ungeachtet von Anfeindungen aus den Reihen der politischen Rechten, entwickelte sich die Minderheit zu einem politisch zuverlässigen Partner und genoss unter zahlreichen Politikern hohes Ansehen. Gleichsam setzte seit dem Ende der 1990er Jahre eine Krise in den Reihen der Minderheit ein. Diese Krise umfasste sowohl das Feld der Politik, ging jedoch auch auf viele existenzielle Fragen zurück. Unter der Führung Heinrich Krolls, dem Sohn eines der Initiatoren der legendären Unterschriftenaktion, definierte sich die Minderheit primär politisch. Kulturelle Fragen wie die Weitergabe oder Wiedervermittlung der deutschen Sprache blieben zweitrangig. Stattdessen standen ökonomische Ziele im Vordergrund. Mit der Zeit setzte eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Minderheit auf nationaler Ebene ein. Zudem sahen viele Deutsche in anderen Parteien kompetentere Experten für die Arbeit im Sejm. Die Zahl der Abgeordneten sank von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Zugleich erodierte auch die Basis der Minderheit. Zählten ihre Verbände noch Anfang der 1990er Jahre mehrere Hunderttausend Mitglieder, so waren es eineinhalb Jahrzehnte später nicht einmal mehr 100.000.

Im Zuge der großen Auswanderungswelle Ende der 1980er Jahre waren überdurchschnittlich viele alte, noch zu deutschen Zeiten sozialisierte Personen in Oberschlesien verblieben. Sie bildeten das Fundament der Minderheit. Sie pflegten die deutsche Sprache, sie kannten die alten Sitten und Bräuche. Mit der Zeit jedoch starb diese Generation aus und mit ihr auch ein Großteil des kulturellen Wissens. Überdies arbeiteten viele junge Oberschlesier, dank ihrer doppelten Staatsbürgerschaft, mehrere Monate im Jahr in der Bundesrepublik. Als engagierte Träger des kulturellen Erbes schieden sie somit aus. Zudem verstand es die ältere Generation lange Zeit nicht, auf die Bedürfnisse der Jüngeren einzugehen. Posten und Funktionen bekleideten hauptsächlich diejenigen, die noch zu deutschen Zeiten geboren und zur Schule gegangen waren. Auch das kulturelle Leben beschränkte sich hauptsächlich auf Schlagerabende und folkloristische Darbietung. Ein Angebot mit dem man eine Generation, die durch das Fernsehen mit den neuen Konsummöglichkeiten und anderen Freizeitformen in Berührung kam, nur selten dauerhaft beeindrucken konnte.

Auch die offiziellen Medien der Minderheit erreichten diese Zielgruppe nur selten. Das mit Bundesmitteln finanzierte „Schlesische Wochenblatt“ ging, ebenso wie die Fernsehsendung „Schlesien Journal“ lange Jahre nur auf das Interesse der älteren Generation ein und verstand sich nicht selten als bloßes Verlautbarungsorgan der Minderheitenführung. Demgegenüber thematisierte das unabhängige Magazin „Oberschlesien“ wunde Punkte der Minderheit, konnte jedoch aufgrund seines rein deutschsprachigen Angebotes das Gros der jungen Generation nicht erreichen.

Generationenwechsel und Neuausrichtung

Eine Kehrtwende setzte mit der Sejmwahl des Jahres 2007 ein. Trotz anderslautender Erwartungen hatte die deutsche Minderheit nicht nur kein weiteres Mandat erringen können, sondern verlor sogar noch einen der beiden Abgeordnetenposten in Warschau. Dieses Fiasko legte man insbesondere dem Minderheitenvorsitzenden Heinrich Kroll zur Last, der infolge dessen von seinen Ämtern abgewählt wurde. An seine Stelle trat eine neue Generation von Führungskräften um den Deutschlehrer Norbert Rasch und den Unternehmer Bernard Gaida. Statt einer primär auf die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens ausgerichteten Politik, sprachen sie sich für einen Paradigmenwechsel zugunsten bildungspolitischer Inhalte aus. Da auch fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges keine Minderheitenschulen bestanden, setzte man dieses Ziel, zusammen mit der Förderung des muttersprachlichen Unterrichts ganz oben auf die Agenda.

Unter der neuen Führungsriege gelang es auch Erfolge auf dem Gebiet der Minderheitenrechte zu erzielen. Anfang September gelang es erstmals deutschsprachige Ortsschilder aufzustellen. Ausersehen war dafür der Geburtsort Joseph von Eichendorffs: das Dorf Lubowitz bei Ratibor. Ihm folgten bis heute zahlreiche weitere Ortschaften, in denen der Minderheitenanteil über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Trotz anfänglicher Befürchtungen der polnischen Einwohner und bis heute anhaltender mutwilliger Beschädigungen mit Lackspray, sind diese Ortstafeln mittlerweile weitestgehend akzeptiert. Die Einrichtung sogenannter Samstagsschulen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse bei Kleinkindern stieß auf große Resonanz und selbst auf politischer Ebene konnte die Minderheit bei den Woiwodschaftswahlen 2010 ihr Ergebnis verbessern. Dennoch sah es lange Zeit so aus, als ob sie ihre Regierungsorganisation mit der liberal-konservativen Bürgerplattform nicht würde fortsetzen können. Bei deren Repräsentanten hatte sich eine gewisse antideutsche Rhetorik eingebürgert. Erst die persönlichen Interventionen des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk konnte die Krise in der Oppelner Woiwodschaft lösen. In der Kattowitzer Woiwodschaft gelang es der Minderheit, die hier wesentlich schwächer vertreten ist, nicht in den Sejmik einzuziehen.

Die wichtigsten Anliegen, die Einführung eines eigenen Schulwesens der Minderheit, konnte die Führung um Gaida und Rasch indes bis heute nicht umsetzen. Zwar gelang es dem Verein Pro Liberis Silesiae, in Raschau eine eigene Grundschule einzurichten, direkte Initiativen, z. B. im Opolner Stadtteil Goslawitz sind am hartnäckigen Widerstand der Einwohner sowie der polnischen Parteien jedweder Couleur gescheitert. Dabei malte man häufig das Schreckgespenst einer Germanisierung und einer sich daran anschließenden Vereinigung Oberschlesiens mit Deutschland an die Wand, ohne dabei nüchtern auf die gesetzlich garantierten Rechte der Minderheiten einzugehen bzw. zu fragen, welche Parteien in Deutschland die Oder-Neiße-Grenze ernsthaft infrage stellen würden. Interessant ist zu beobachten, dass die Minderheit auf nationaler Ebene auf weitaus größere Akzeptanz durch die politischen Vertreter stößt als im regionalen Umfeld. Fördermittel fließen mittlerweile nicht nur aus Berlin, sondern in zunehmendem Maße auch aus Warschau.

Eine nach wie vor große Hypothek für die Deutschen in Oberschlesien ist das Fehlen einer eigenen Intellektuellenschicht. Auch wenn mittlerweile steigende Studentenzahlen zu verzeichnen sind, ist das Bildungsniveau der Oberschlesier im Landesvergleich nach wie vor niedrig. Weiterhin dominieren handwerkliche oder gering qualifizierte Berufe, sodass eine adäquate Interessenvertretung in Medien und Gesellschaft bis heute nicht unproblematisch ist. Die bis heute im Alltag fehlende Wiederbelebung des Deutschen als Umgangssprache hat zudem dazu geführt, dass zahlreiche junge und gut ausgebildete Menschen, deren Eltern in der Minderheit aktiv sind, sich nur noch als Schlesier definieren. Dies ist besonders im oberschlesischen Industrieviertel zu beobachten, wo die Polonisierung zur kommunistischen Zeit aggressiver war und der Anteil an Mischehen bis heute größer ist. Diese junge Generation engagiert sich heute zu großen Teilen unter dem Dach der „Bewegung für die Autonomie Schlesiens“ (Ruch Autonomii Śląska), die 2010 mit 8,49 Prozent den Einzug in den Kattowitzer Sejmik schaffte. Attraktiv lässt die Autonomisten vor allem die große Anzahl an jungen, intellektuellen Aktivisten in ihren Reihen, sowie ein teilweise polemisches Auftreten in der politischen Öffentlichkeit erscheinen, das sich stark von dem meist diplomatischen Vorgehen der Minderheit abhebt.

Im Angesicht dieser Herausforderungen haben nicht wenige Wissenschaftler und Journalisten, die deutsche Minderheit als eine aussterbende Gruppe beschrieben. Die Ergebnisse des Zensus von 2011, die Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurden, haben dagegen ein anderes Bild an den Tag gelegt. Zwar sind die knapp 100.000 Deutschen neben den 800.000 Personen, die für sich eine oberschlesische Identität reklamierten, eine kleine Gruppe. Ihre Zahl hat sich seit der Volkszählung 2001 indes nicht überproportional verringert. Auch zeigte sich, dass die Minderheit keineswegs nur aus alten Menschen besteht. Im Gegenteil dominieren hier sogar Angehörige der mittleren Generation. Die größte Gruppe bildet mit 17,81 Prozent die Alterskohorte der 40-49 Jährigen. Inwieweit hier aber tatsächlich von einer dauerhaften Stabilisierung der Deutschen in Oberschlesien gesprochen werden

kann, bleibt fraglich, zumal beim Zensus die Angabe von Nationalität und Ethnizität möglich gewesen ist. Ohne ein umfassendes Minderheitenschulwesen und ohne die aktive Einbindung der jüngeren Generation in die Strukturen der sozial-kulturellen Gesellschaften steht die Zukunft der Deutschen in Oberschlesien nach wie vor auf tönernen Füßen.

Weiterführende Literatur

Breit, Holger: Die Deutschen in Oberschlesien, München 1998.

Michalczyk, Andrzej: Das oberschlesische Industrieviertel in der Moderne. Von der Agrar- zur Industriegesellschaft- von lokalen zu nationalen Identitäten?, in: Lutz Budraß, Barbara Kalinowska-Wójcik und Andrzej Michalczyk (Hrsg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industrieviertels im 19. Und 20. Jahrhundert, Essen 2013, S.11-44.

Myszor, Jerzy: Die kulturelle Vielseitigkeit in Oberschlesien und ihre Bedingungen, in: Gregor Ploch/ Jerzy Myszor/ Christine Kucinski (Hrsg.): Die ethnisch-nationale Identität der Bewohner Oberschlesiens und des Teschener Schlesiens, Münster 2008, S.37-48.

Nawrocki, Tomasz: „Wir“ und die „Anderen“ in der Bergbausiedlung „Kopalnia“ in Oberschlesien, in: Lutz Budraß, Barbara Kalinowska-Wójcik und Andrzej Michalczyk (Hrsg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industrieviertels im 19. Und 20. Jahrhundert, Essen 2013, S.327-343.

Nitschke, Bernadetta: Niemcy, in: Stefan Dudra und Bernadetta Nitschke (Hrsg.): Mniejszości narodowe i etniczne w Polsce po II wojnie światowej, Kraków 2010, S.37-65.

Nitschke, Bernadetta: Niemcy, in: Stefan Dudra und Bernadetta Nitschke: Stowarzyszenia mniejszości narodowych, etnicznych i postulowanych w Polsce po II wojnie światowej, Kraków 2013, S.35-57.

Ploch, Gregor: Oberschlesier im oberschlesischen Industrieviertel und im Ruhrgebiet. Bildungsprozesse von Wir-Gruppen nach 1950, in: Lutz Budraß, Barbara Kalinowska-Wójcik und Andrzej Michalczyk (Hrsg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industrieviertels im 19. Und 20. Jahrhundert, Essen 2013, S.353-367.

Popieliński, Paweł: Młodzi Ślązacy między niemieckością a polskością, in: Sakson, Andrzej: Ślązacy, Kaszubi, Mazury i Warmiacy- między polskością a niemieckością, Poznań 2008, S.125-146.

Raabe, Stefan Georg: Die deutsche Minderheit in Polen. Basisdaten, Struktur, politische Repräsentanz und zwei Exkurse zur Polonia und zur schlesischen Autonomiebewegung, in: KAS Auslandsinformationen 3/24, 2011, S.141-158.

Reiter, Norbert: Die soziale Funktion des Wasserpolnischen in Oberschlesien, in: Hans Hecker und Silke Spieler (Hrsg.): Deutsche, Slawen, Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, Bonn 1989, S.115-127.

Schmidt, Martin: Heimat an Oder und Weichsel. Deutsche im polnischen Staat, in: Martin Schmidt (Hrsg.): Reisen zu den Deutschen im Osten Europas. Zwischen Oder und Memel, Karpaten und Kaukasus, Graz 2006, S.36-52.

Scholtz-Knobloch, Till: Die deutsche Minderheit in Oberschlesien. Selbstreflexion und politisch-soziale Situation unter besonderer Berücksichtigung des so genannten „Oppelner Schlesiens“ (Westoberschlesiens), Görlitz 2002.

Schumann, Renata: Zwischen den Mahlsteinen der Geschichte. Oberschlesien im Zeitenwandel, Görlitz/ St. Annaberg, 2002.

Service, Hugo: Germans to Poles. Communism, Nationalism and Ethnic Cleansing after the Second World War, Cambridge/ New York 2013.

Świątkiewicz, Wojciech: „Oberschlesische Verwurzelung“ in der soziologischen Perspektive, in: Gregor Ploch/ Jerzy Myszor/ Christine Kucinski (Hrsg.): Die ethnisch-nationale Identität der Bewohner Oberschlesiens und des Teschener Schlesiens, Münster 2008, S.59-75.

Ther, Philipp: Die einheimische Bevölkerung des Oppelner Schlesiens nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Entstehung einer deutschen Minderheit, in: Geschichte und Gesellschaft 26/3, 2000, S.407-438.

Urban, Thomas: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, 4. erw. und aktual. Auflage, München 2000, Erstauflage München 1993.

Waschinski, Markus: Die deutsche Minderheit in Polen, in: Polen-Analysen 26, 2008, S.2-7.